

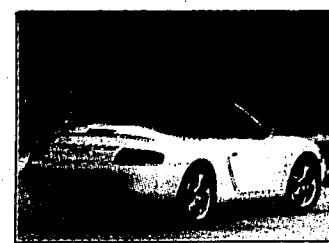


Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 120: Jahrgang, Nr. 49

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt



MOBIL-EXTRA Sportcabriolet vom Feinsten

Das neue 911 Carrera Cabriolet von Porsche ist erstmals am Genfer Autosalon 1998 ausgestellt. Seite 10



LETZTE Basel im Fas- nachtsfieber

Punkt 4 Uhr früh ertönte gestern in Basel das Kommando «Morgestraich vorwärts marsch!». Seite 16

TAGESSCHAU

Kritik an Verkehrs- politik der Regierung

Die Bevölkerung sei nicht umfassend informiert, die Regierung betreibe eine Verschleierungspolitik, unterschiedliche Zahlen über die Verkehrsentwicklung würden publiziert. Diese Kritik brachten die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz, die Freie Liste und die Organisation Trans-Form an einer Pressekonferenz an der Regierung an. Die drei Organisationen fordern die Regierung auf, ein klares Nein gegen den Letzetunnel zu formulieren und auch international zu vertreten. Seite 3

Stagnerender Inland- konsum

Die Schweizer Zuckerwarenindustrie hat 1997 wegen des hohen Importdrucks einen Absatzrückgang um 3,2 Prozent hinnehmen müssen. Wertmässig war das Resultat aber leicht positiv, wie der Branchenverband am Montag mitteilte. Der Pro-Kopf-Konsum lag in der Schweiz unverändert bei drei Kilo Zucker. Seite 7

Transparente Gemeindepolitik

Was 1994 mit einem Antrag der Zukunftswerkstatt I an den Gemeinderat begonnen hat, wird nun endlich in die Tat umgesetzt. Der Gemeinderat von Triesen hält heute Dienstag um 17.30 Uhr im Gemeinderatszimmer seine erste öffentliche Sitzung ab. Lange Zeit haben sich entscheidende Teile der Triesener Dorfpolitiker gegen diesen Entscheid gewehrt. Seite 9

Keine Halbheiten mehr

Das Bundesliga-Gipfeltreffen Bayern – Dortmund in der Champions League eröffnet den Europäischen Fussball 1998. Nach dreimonatiger Pause kommt es in dieser Woche zu verschiedenen Gipfeltreffen im kontinentalen Clubfussball. In der Champions League ist die Zeit der Gruppenspiele, in der sich Ausrutscher leichter korrigieren liessen, vorbei. Auch die Meisterliga wird jetzt zur reinen Cupkonkurrenz. Dabei kommt es in München zum Bundesliga-Gipfeltreffen zwischen Bayern und Titelverteidiger Borussia Dortmund. Dynamo Kiew tritt bei Juventus Turin an, Manchester United in Monaco und Real Madrid bei Bayer Leverkusen. Nicht minder attraktiv sind die Paarungen im UEFA-Cup. Seite 12

Weltrekord auf 4,45 m



Die Ukrainerin Anzhela Balakhonova (Bild) setzte an der Hallen-Europameisterschaft in Valencia eine neue Weltrekordmarke im Stabhochsprung. Sie gewann Gold in der Konkurrenz der Frauen mit der Höhe von 4,45 m. Mehr vom Sport auf den Seiten 12 und 13

Wer macht in Liechtenstein die Verkehrspolitik?

Kritik der LGU, der Freien Liste und der Trans-Form an der Regierung

Studie um Studie werde in Auftrag gegeben, gleichzeitig aber eine Verschleierungstaktik betrieben. Diese Kritik richteten LGU, Freie Liste und Trans-Form an die Adresse der Regierung im Zusammenhang mit der Verkehrspolitik. Die drei Organisationen fordern ein klares «Nein» der Regierung zum Letzetunnel.

Die Absage der Regierung an den Letzetunnel, die nach Auffassung der drei Organisationen öffentlich kundgetan und international vertreten werden müsse, sollte von der Erarbeitung von Alternativ-Lösungen für die Verkehrsprobleme im Raum Feldkirch-Liechtenstein be-

gleitet werden. In Übereinstimmung mit der FBPL-Initiative 1997 zur Schaffung eines «Fonds für die Verkehrsproblematik Liechtensteiner Unterland und Schaan» fordern sie im weiteren die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Ausarbeitung der Alternativ-Lösungen.

Ähnliche Idee

Der FBPL-Fonds hatte die Stossrichtung, einerseits Mittel für Verkehrsmassnahmen zur Verfügung zu stellen, sofern der Letzetunnel gegen den Willen Liechtensteins errichtet werden sollte. Andererseits sollten auch im Falle der Verhinderung des Letzetunnels Finanzmittel frühzeitig bereitgestellt werden, um die Verkehrssituation im Liechtensteiner Unterland und in Schaan mit

baulichen Massnahmen verbessern zu können. Nach der knappen Ablehnung der FBPL-Initiative im Landtag, die damals von der Freien Liste nicht unterstützt wurde, liegt nun eine ähnliche Idee mit der praktisch gleichen Zielsetzung vor.

Auch die Forderung der FBPL an Verkehrsminister Norbert Marxer, die Bevölkerung über die geplanten Massnahmen im Bereich der Verkehrsproblematik Unterland umfassend zu informieren, befindet sich im Forderungskatalog von LGU, Freien Liste und Trans-Form. «Klare Sachlage fordert klare Aussage der Regierung», heisst das Motto dieser drei Organisationen, verbunden mit der Aufforderung, die Regierung müsse die «Bevölkerung transparent und umfassend

über die Verhandlungen zwischen Liechtenstein und Vorarlberg sowie die Fortschritte in der Lösung des grenzüberschreitenden Verkehrsproblems informieren.»

LGU, Freie Liste und Trans-Form beklagten an der Pressekonferenz auch einen Wirrwarr von unterschiedlichen Zahlen über die künftige Verkehrsentwicklung. Unterschiedliche Auftraggeber für die Verkehrsstudien – einmal die Regierung, dann wieder das Tiefbauamt – seien Anlass für Spekulationen, wie etwa: «Wer macht eigentlich die Verkehrspolitik?» Ein Rückblick auf die jüngste Vergangenheit lässt aber auch die Frage aufkommen: «Macht überhaupt jemand Verkehrspolitik?»

Günther Meier



Spitzenduell

Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder (rechts im Bild) hat die Landtagswahl am Sonntag souverän gewonnen und sich damit die Kanzlerkandidatur der SPD gesichert. Parteichef Oskar Lafontaine (links) bot ihm noch am Wahlabend die Übernahme der Kanzlerkandidatur an. Am Montag hat der SPD-Parteivorstand schliesslich mit überwältigender Mehrheit Gerhard Schröder als Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten nominiert. Der niedersächsische Ministerpräsident erhielt 38 von 41 abgegebenen Stimmen. Drei Vorstandsmitglieder enthielten sich. Zuvor hatte das Präsidium der SPD einstimmig für Schröder votiert. Nun werden mit grösster Wahrscheinlichkeit Helmut Kohl und Gerhard Schröder das Spitzenduell im kommenden Bundestagswahlkampf austragen. Seite 15

Schutzklausel bleibt weiterhin in Kraft

Einzelheiten zu Erleichterungen in der Immigrationspolitik betreffend EWR-Angehörige

Aufgrund verschiedener Anfragen im Zusammenhang mit der Zulassung von EWR-Bürgerinnen und Bürgern informiert die Regierung nochmals über wichtige Aspekte der derzeitigen Lösung: Bis zur definitiven vertraglichen Lösung des Personenverkehrsbereiches wird Liechtenstein seine Begrenzungsmassnahmen gestützt auf Art. 112 des EWR-Abkommens (allgemeine Schutzklausel) beibehalten.

Damit sind bis zum Vorliegen einer endgültigen Regelung Massnahmen zu ergreifen, die Liechtenstein auch weiterhin eine kontrollierte Immigrationspolitik ermöglichen. Diese Massnahmen werden in der Verordnung über die Anwendung von Schutzmassnahmen im Bereich des Freien Personenverkehrs im Europäischen Wirtschaftsraum

(LGBI. 1997 Nr. 216) festgehalten, welche auf den 1. Januar 1998 Kraft trat.

Wesentlich ist festzuhalten, dass das geltende Bewilligungssystem grundsätzlich weiterhin gilt. Damit bleibt die Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer im Fürstentum Liechtenstein und die Verordnung über den Personenverkehr im EWR in Kraft. Erleichterungen werden aber für EWR-Bürger in folgenden Bereichen vorgesehen:

Das Verbot des Stellen- und Berufsbranchenwechsels ist für EWR-Angehörige aufgehoben. Jedoch besteht die Pflicht weiterhin, jeden Stellenwechsel zu melden und die damit verbundene Berichtigung des Ausländerausweises (Arbeitgeber) vorzunehmen. Hingegen ist auf EWR-Angehörige mit Aufent-

haltsbewilligung nach wie vor Art. 10 Abs. 2 BVO anwendbar, nach welchem ein Betrieb in den ersten beiden Jahren grundsätzlich keine der Begrenzungsverordnung unterstellten Arbeitskräften beschäftigen kann.

Nur noch meldepflichtig

Die EWR-Grenzgänger sind nicht mehr bewilligungspflichtig, sondern nur noch meldepflichtig. Der Arbeitgeber hat der Fremdenpolizei den Beginn und das Ende des Arbeitsverhältnisses innert 10 Tagen zu melden. Anstelle der Grenzgängerbewilligung tritt eine Grenzgänger-meldebescheinigung (GMB). Die Gültigkeit der Meldebestätigung hängt von der Dauer des Arbeitsvertrages ab. Ist der Arbeitsvertrag befristet, ist auch die Meldebestätigung entsprechend befristet. Ist der

Arbeitsvertrag unbefristet, ist auch die Gültigkeit der Meldebestätigung unbefristet. Noch gültige Grenzgängerbewilligungen sind bei Stellenwechsel, Aufgabe der Grenzgängertätigkeit durch Kündigung oder erst bei Ablauf der Bewilligung der Fremdenpolizei zurückzugeben. EWR-Saisonier sind bei den Umwandlungen einer Saisonierbewilligung in eine Aufenthaltsbewilligung bevorzugt zu berücksichtigen. Dabei kann neben den geltenden Umwandlungsgründen – im Sinne einer EWR-spezifischen Erleichterung – zukünftig eine Saisonierbewilligung in eine Aufenthaltsbewilligung umgewandelt werden, wenn nach bereits erfolgtem Familiennachzug die Rückkehr von schulpflichtigen Kindern in den Heimatstaat zu unbilliger Härte führen würde. (pafl)